

Niederschrift
über den öffentlichen Teil der 15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 20.03.2025
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzende Abg. Thea Tomforde
Landrat Marco Prietz
Abg. Robert Abel
Abg. Claus Aselmann
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Nils Bassen
Abg. Ernst Behrens
Abg. Jens Behrens
Abg. Jürgen Blanken
Abg. Doris Brandt
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Henning Cordes
Abg. Elisabeth Dembowski
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Harald Hauschild
Abg. Marvin Heinrich
Abg. Ina Helwig
Abg. Michaela Holsten
Abg. Sabine Holsten
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Tobias Koch
Abg. Marco Körner
Abg. Detlef Kück
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Henry Michaelis
Abg. Susanne Mrugalla
Abg. Knut Nagel
Abg. Bernd Petersen
Abg. Lars Rosebrock
Abg. Joy Rosenberg

Abg. Günter Scheunemann
Abg. Erika Schmidt
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Reinhard Trau
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh
Abg. Christian Winsemann
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Norbert Wolf

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. IV)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Michael Meyer (Büro des Landrates)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Melanie Blank
Abg. Dirk Detjen
Abg. Eike Hendrik Holsten
Abg. Marie-Thérèse Kaiser
Abg. Franziska Kettenburg
Abg. Stefan Klingbeil
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Dr. Marco Mohrmann
Abg. Tam Ofori-Thomas

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 19.12.2024
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Gemeinsamer Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 9 Absatz 7 NKomVG
Vorlage: 2021-26/0896

- 7 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen; hier: Kreismusikschule, Frauenhaus
Vorlage: 2021-26/0893
- 8 Rettungsdienstbedarfsplanung
- 8.1 Rettungsdienstbedarfsplanung; a) Bedarfsplan für den Rettungsdienstbereich Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0874
- 8.2 Rettungsdienstbedarfsplanung; b) "Vorbeugender Rettungsdienst" im Rettungsdienstbereich Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0875
- 9 Vorschlag für eine angemessene Entschädigung der aus den Kreistagen der Landkreise entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats der Integrierten Regionalliegeplätze Lüneburger Heide AöR
Vorlage: 2021-26/0899
- 10 Neufassung der Verwaltungshandreichung für die Gewährung von Zuwendungen zur Beschaffung und Wartung Automatischer Externer Defibrillatoren
Vorlage: 2021-26/0887
- 11 Förderung von Seniorenveranstaltungen: Änderung der Verwaltungshandreichung
Vorlage: 2021-26/0886
- 12 Neubesetzung eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss; hier: Vertretung der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher
Vorlage: 2021-26/0871
- 13 Neufassung der Gebührensatzung für das Gesundheitsamt
Vorlage: 2021-26/0888
- 14 Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
Vorlage: 2021-26/0863
- 15 Anfragen
- 16 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzende Tomforde eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr. Sie bittet die Mitglieder des Kreistages darum, sich zum Gedenken für den am 30.01.2025 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Reinhard Brünjes für eine Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

Kreistagsvorsitzende Tomforde begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Zuhörer und Zuschauer im Sitzungssaal sowie beim Livestream, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abgeordneten Melanie Blank, Dirk Detjen, Eike Holsten, Marie-Thérèse Kaiser, Franziska Kettenburg, Stefan Klingbeil, Hans-Jürgen Krahn, Volker Kullik, Dr. Marco Mohrmann und Tam Ofori-Thomas fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzende Tomforde stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Kreistagsvorsitzende Tomforde erklärt, die Tagesordnung solle wie folgt geändert werden: Der bisherige Tagesordnungspunkt 14 „*Fortsetzung der Regionalen Ausbildungsbörse (RAB) ab 2026*“ werde von der Tagesordnung gestrichen.

Die Tagesordnung solle um den neuen Punkt „*Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland*“ erweitert werden. Dies solle als neuer TOP 14 der Tagesordnung behandelt werden.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 19.12.2024**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 19.12.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 19.12.2024 sei der Kreisausschuss am 06.02. und 13.03.2025 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Annahme der Zuwendungen für das Frauenhaus (4 Einzelspenden in Höhe von zusammen 2.250 €) und die Kreismusikschule (200 €) wird zugestimmt.
2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) tritt dem Netzwerk Powerhouse Nord offiziell als Unterstützer bei. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln ist hierfür nicht erforderlich.
3. Frau Dr. Christiane Looks, Herr Reinhard Schraa und Herr Claus Vollmer werden für die Zeit vom 01.07.2025 bis zum 30.06.2030 erneut zu Kreisnaturschutzbeauftragten für den Landkreis Rotenburg (Wümme) bestellt.
4. Den Maßnahmenblättern inkl. Karte für das Naturschutzgebiet „Hemslinger Moor“ wird als Grundlage zur Umsetzung der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Plangebiet zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Der Haushalt 2025 sei am 31.01.2025 vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ohne Einschränkungen und Auflagen genehmigt worden. Das Genehmigungsschreiben, das am 17.02.2025 per Email eingegangen sei, werde dem Protokoll beigelegt.
Der Haushaltsplan könne nach der am 28. Februar 2025 erfolgten Veröffentlichung im elektronischen Amtsblatt und der öffentlichen Auslegung ab dem 12. März 2025 voll ausgeführt werden. Der Haushaltsplan 2025 stehe auch online auf der Homepage des Landkreises zur Einsichtnahme oder zum Download zur Verfügung.
2. Die am Mittwoch, den 30.04.2025, geplante Besichtigung der Kooperativen Regionalleitstelle in Elmshorn würde für die Ausschussmitglieder um 8.00 Uhr in Zeven, Feuerwehrtechnische Zentrale, Böttcherstraße 3, 27404 Zeven, starten. Im Anschluss an die Bereisung werde ab ca. 16.00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Rettungsdienst ebenfalls in der FTZ Zeven stattfinden.
3. Die für Donnerstag, den 06.11.2025, terminierte Kreisausschusssitzung werde auf Mittwoch, den 05.11.2025, verlegt. Sitzungsbeginn sei um 14.30 Uhr im Kreishaus Rotenburg, kleiner Sitzungssaal.
4. Auf Einladung des Landkreises werde vom 10. bis zum 15. Mai 2025 eine ca. 20-köpfige Delegation aus der französischen Partnerkommune Pays Foyen hier zu Gast sein. Zurzeit werde gemeinsam mit dem Partnerschaftsverein das Besuchsprogramm erarbeitet. Der offizielle Empfang solle am Montag, 12. Mai 2025, vormittags im Kreishaus erfolgen. Hierzu sowie zu den anderen Punkten des Programms würden die Damen und Herren Kreistagsabgeordneten rechtzeitig eingeladen.
5. Die am 17.06.2025 im Kreishaus Bremervörde vorgesehene Kreistagssitzung werde im großen Sitzungssaal im Kreishaus in Rotenburg (Wümme) stattfinden. Grund hierfür sei, dass die Sanierungsmaßnahmen im Bremervörder Kreishaus noch nicht abgeschlossen seien und der dortige große Sitzungssaal im Juni noch nicht nutzbar sein werde. Es solle dann entweder die Kreistagssitzung im September oder im Dezember 2025 in Bremervörde stattfinden.
6. Zum Thema Wertschöpfung der Kommunen im Zusammenhang mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien habe ihn der Kreistag beauftragt, die Möglichkeiten zur Gründung einer kommunalen Gesellschaft gemeinsam mit den kreisangehörigen Gemeinden auszuloten. Hierzu würden gemeinsame Gespräche geführt. Geprüft werden sollte auch, welche Möglichkeiten einer Beteiligung für Kommunen das Energie-Beteiligungs-Gesetz bieten würde. Die Inanspruchnahme einer Akzeptanzabgabe sei unstrittig. Hinsichtlich einer kommunalen Beteiligung habe aber das Nieders. Innenministerium (MI) klargestellt, dass die Finanzierung einer solchen kommunalen Beteiligung nicht durch Kredite erfolgen dürfe. Ohne eine Kreditaufnahme werde den meisten Kommunen eine solche Beteiligung aber nicht möglich sein. Deshalb würde die Niedersächsische Landesregierung inzwischen an einer alternativen Lösung arbeiten. Die Art der kommunalen Beteiligung an den erneuerbaren Energien sei nicht so simpel wie zunächst angenommen.
7. Die Finanzlage der Kommunen habe sich dramatisch verschlechtert und die Kommunen in Niedersachsen würden für 2024 ein Defizit von insgesamt 3,9 Milliarden Euro aufweisen. Nachdem das Land Niedersachsen demgegenüber erneut ein positives Haushaltsergebnis erreicht habe, seien von den kommunalen Spitzenverbänden Forderungen nach

einer Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen geltend gemacht worden. Vertreter der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände hätten hierzu Verhandlungen geführt und er gehe davon aus, dass in der kommenden Woche ein positives Ergebnis der Gespräche bekannt gegeben werden könne.

Zur kommunalen Wertschöpfung beim Ausbau der erneuerbaren Energien erklärt **Abg. Wölbern**, das Ziel einer möglichen Beteiligung der Kommunen bleibe wichtig. Die Aussage von Seiten des MI hierzu bezeichne er als katastrophal. Es solle hierbei weiter Druck auf das Ministerium und die politischen Entscheidungsträger aufgebaut werden. Es könne nicht angehen, dass private Unternehmen bei der Energiewende große Gewinne erzielen würden und den Kommunen sei eine Beteiligung nicht möglich. Er appelliert an alle Beteiligten, hier weiter am Ball zu bleiben.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Gemeinsamer Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 9 Absatz 7 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/0896

Abg. M. Holsten zitiert zunächst den sog. „Gehorsamsparagraph“, § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), der beinhaltete, dass „dem Manne die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zusteht“. Dieser sei erst 1957 gestrichen worden. Heute würde es um die Gleichstellung von Frauen und Männern gehen. Klares Ziel müsse es sein, die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Gleichstellung sei nicht nur ein Gewinn für Frauen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Im Bericht seien die verschiedenen Handlungsfelder genannt, wie u. a. Gesundheitsförderung, Familienservicebüros, Kindertagesbetreuung, Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt oder die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft, für die der Landkreis die Projektträgerschaft übernommen habe. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe weiterhin einen großen Stellenwert. Hierzu würden flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und Telearbeit vermehrt ermöglicht. Gleichstellung bedeute Wandel und dieser Begriff müsse mit Leben gefüllt werden. Es würden noch immer Handlungsbedarfe gesehen. Es müssten Hindernisse abgebaut, Ziele benannt und sich für echte Gleichstellung eingesetzt werden. **Abg. M. Holsten** bedankt sich beim Landrat, der Gleichstellungsbeauftragten und bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Auch **Abg. Helwig** betont die Bedeutung der Verwirklichung der Gleichstellung. Man dürfe sich nicht auf dem Erreichten ausruhen. Es würde immer noch zu wenig Frauen in Führungspositionen geben, daran müsse weiter gearbeitet werden. Bei der Kinderbetreuung sei die Verwaltung gut aufgestellt, sie verweise dazu auf die Großtagespflegestelle Wümmewichel im Kreishaus. Potential sehe sie noch bei der Beratung zur Gleichstellung in Firmen und Unternehmen. Ab 2026 würde der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Erstklässlerinnen und Erstklässler gelten. Die SPD habe bereits häufig genug darauf hingewiesen, dass der Landkreis sich dabei einbringen müsse. Es sei gut, dass der Kreisportbund hier Verantwortung übernehmen wolle und in Kontakt zu den Schulen stehe. Auch im Bereich Frauen und Politik müsse noch etwas geschehen, um dies attraktiver zu gestalten. Hierzu wäre vor allem wichtig, die Regelungen zum Nachteilsausgleich für Frauen zu verbessern. Hierzu hatte die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt, der aber mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe im Kreistag abgelehnt worden sei. Der Bericht zeige auch, wie die Gleichstellungsbeauftragte in die Arbeit in der Kreisverwaltung eingebunden sei und welche Maßnahmen bereits umgesetzt worden seien. Das Thema Post-Covid dürfe nicht unterschätzt und außer Acht gelassen werden. Für den nächsten Bericht würde sie sich eine Art „Maßnahmenblätter“ als Anlage wünschen. Auf diesen könnte zu jeder vorgeschlagenen Maßnahme dokumentiert werden, ob und welche Maßnahmen bei der Verwaltung angeschoben worden seien und umgesetzt würden. Erfreulich sei, dass eine stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte als Vertretung für Frau Weiße gefunden werden konnte.

Abg. Dembowski kann sich in vielen Punkten ihren Vorrednerinnen anschließen. Mit 62 % erreiche der Frauenanteil in der Belegschaft des Landkreises einen guten Wert. Sie stellt

dar, dass Frauen im Vergleich zu Männern eine um ca. fünf Jahre höhere durchschnittliche Lebenserwartung hätten und im Rentenalter häufig in Ein-Personen-Haushalten leben würden. Ebenso häufig würden diese Frauen geringe Renten beziehen und seien zusätzlich auf Grundsicherung angewiesen. **Abg. Dembowski** spricht den sog. Gender Pensions GAP an, wonach Frauen in Deutschland ein um fast 40 % geringeres Alterssicherungseinkommen als Männer beziehen würden. Die Zahl der Frauen, die im Rentenalter auf Sozialleistungen angewiesen seien, werde noch ansteigen. Deshalb müssten Frauen ermutigt und in die Lage versetzt werden, selbst etwas für ihre Alterssicherung zu tun und für ihr eigenes Einkommen sorgen zu können.

Abg. Lienau meint, in der Landkreisverwaltung seien Frauen gut und kompetent vertreten. Drei von vier Dezernaten würden von Frauen geleitet und etwa die Hälfte der Amtsleitungen seien Frauen.

Der Kreistag nimmt den gemeinsamen Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und des Landrates zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen; hier: Kreismusikschule, Frauenhaus**
Vorlage: 2021-26/0893

Beschluss:

Der Annahme der Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Rettungsdienstbedarfsplanung**

Punkt 8.1 der Tagesordnung: **Rettungsdienstbedarfsplanung; a) Bedarfsplan für den Rettungsdienstbereich Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0874

Abg. Rosebrock meint, der Bedarfsplan enthalte zwar gute Ansätze, aber trotzdem könne er nicht zustimmen. Von seinem Wohnort in der Gemeinde Gyhum sei die nächste Rettungswache so weit entfernt, dass die Hilfsfrist bei vielen Einsätzen überschritten werde. Viele und gerade ältere Menschen hätten Ängste, dass das nächste Krankenhaus im Notfall nicht rechtzeitig erreicht werden könnte. Durch die vorgesehenen Änderungen im Bedarfsplan werde diese Angst nicht verringert. Vielleicht würde der Bedarfsplan gute Ansätze für die Zukunft bieten. Dies sei für ihn im Moment aber nicht zu erkennen.

Abg. Mrugalla erinnert daran, dass die Samtgemeinde Zeven bereits die Schließung des Martin-Luther-Krankenhauses zu verkraften hatte. Bei der Vorstellung des geänderten Bedarfsplans im Fachausschuss sei sie zunächst sehr skeptisch gewesen. Sie sei dann aber von Frau von Ostrowski und dem Gutachter umfassend und gut informiert und von den Planungen überzeugt worden. Der Rettungsdienst im Landkreis solle für die Zukunft aufgestellt werden. Die wenigsten Einsätze seien echte Notfalleinsätze. Deshalb müssten die Rettungseinsätze im Vorfeld verifiziert werden, damit nicht jedes Mal ein voll ausgerüsteter Rettungswagen geschickt werden müsste, sondern ggf. auch ein Notfallkrankswagen (N-KTW) ausreichend wäre. Sie werde deswegen dem überarbeiteten Bedarfsplan eine Chance geben. Die Rettungswache in Zeven würde zwei Rettungswagen (RTW) behalten und bekäme einen N-KTW dazu. Im Bedarfsplan würde es bei neun Rettungswachen bleiben, es würde keine

Wache gestrichen. Sie könne dem Vorschlag zustimmen. Das neue System sei zukunftsorientiert und würde langfristig eine Verbesserung darstellen.

Abg. Wolf meint, heute noch Kritik an dem neuen Bedarfsplan zu äußern, sei ein bisschen spät. Der Rettungsdienst im Landkreis müsse für die Zukunft aufgestellt werden. Hierzu solle das neue System erstmal umgesetzt werden. Der Kreistag würde natürlich die Entwicklung im Auge behalten. Er sehe dabei nichts Schlechtes und bittet um Zustimmung.

Abg. Wölbern „verteidigt“ die Äußerungen des Abg. Rosebrock. Er teile dessen Bewertung der Änderungen im Bedarfsplan. Der vorliegende Bedarfsplan stelle lediglich das aktuell mit den vorhandenen Möglichkeiten hinsichtlich Finanzen und Personal Machbare dar. Aber dies sei nicht das, was man sich wünschen würde. Er würde darin keine großartige Verbesserung des Rettungsdienstes erkennen können.

Abg. Burfeind weist auf den Sicherstellungsauftrag des Landkreises für den Rettungsdienst hin. Deshalb sei ein Bedarfsplan zu erstellen und fortzuschreiben. Der Landkreis könne den aktuellen Bedarfsplan nicht umfassend erfüllen, weil nicht genügend Personal an Notfallsanitätern vorhanden sei, um den zweiten Rettungswagen in Sottrum besetzen zu können. Deshalb sei der Gutachter beauftragt worden, nach Alternativen zu suchen und die Machbarkeit herzustellen. Mit der Einführung des neuen Rettungsmittels Notfallkrankswagen (N-KTW) im Nds. Rettungsdienstgesetz (NRettDG) habe man eine gute Ergänzung gefunden. Damit sei ein zielgerichteter Einsatz der Rettungsmittel möglich. In Zeven würden ein N-KTW und ein RTW jeweils „rund um die Uhr“ und ein RTW mit 84 Wochenstunden bereit stehen. Diese 84 Stunden seien für Zeven eine Verbesserung. Der in dieser Form neu gefasste Bedarfsplan könne vom Landkreis zu 100 % umgesetzt werden. Die RTW's könnten sich auf die wirklichen Notfälle konzentrieren. Die Kreisverwaltung stehe in engem Austausch mit dem DRK Bremervörde. Die Bedarfsplanung werde nicht wegen der Kosten angepasst, sondern weil wichtig sei, dass der Bedarfsplan zu 100 % vollständig umgesetzt werden könne. Mit dem angepassten Bedarfsplan könne dies gelingen.

Landrat Prietz berichtet, er habe gestern mit dem Geschäftsführer des DRK-Kreisverbandes Bremervörde, Herrn Eckhoff, gesprochen. Dieser habe den vorliegenden Bedarfsplan und das dazu erstellte Innovationsgutachten gelobt. Dass einige Rettungswachen im Landkreis einen längeren Anfahrtsweg zu den Krankenhäusern hätten, als dies anderenorts der Fall sei, könne man nicht ändern. Auch deshalb würde sich der Landkreis bereits neun Rettungswachen leisten, obwohl nur sieben bedarfsgerecht wären. Der Landkreis gehe damit über das hinaus, was die Krankenkassen zahlen würden. Der Landkreis Rotenburg sei der einzige Landkreis in der Region, der sich dies leisten würde. Dies einerseits wegen des Ergebnisses des Bürgerentscheids und weil man beim Rettungsdienst weiter auf Nummer Sicher gehen wolle. Grund für die Anpassung des Bedarfsplans sei der bedarfsgerechte Einsatz des vorhandenen Personals und der Rettungsmittel. Viele Menschen würden den Notruf wählen, obwohl kein medizinischer Notfall vorliegen würde. Deshalb solle mit der Einführung des neuen Rettungsmittels N-KTW die rettungsdienstliche Versorgung im Landkreis stabilisiert werden.

Insgesamt sei die rettungsdienstliche Versorgung im Landkreis ziemlich gut. Damit dies so bleibe, sei das vorliegende Konzept richtig und gut. Er bittet um Zustimmung

Beschluss:

Der bisher geltende Bedarfsplan für den Rettungsdienstbereich Landkreis Rotenburg (Wümme) ab 01.09.2022 wird mit Wirkung ab dem 01.04.2025 durch die im Entwurf vorliegende Fassung ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	7

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Rettungsdienstbedarfsplanung; b) "Vorbeugender Rettungsdienst" im Rettungsdienstbereich Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0875

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Umsetzungskonzept zum „Vorbeugenden Rettungsdienst“ und zur Einführung des „ROWsponder“ zu erarbeiten sowie den „ROWsponder“ zum dritten Quartal 2025 einzuführen.
Parallel hierzu wird eine ausreichende Anzahl von Notfallsanitätern zum Gemeindenotfallsanitäter qualifiziert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Vorschlag für eine angemessene Entschädigung der aus den Kreistagen der Landkreise entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats der Integrierten Regionalleitstelle Lüneburger Heide AöR**
Vorlage: 2021-26/0899

Beschluss:

Die aus den Kreistagen der Landkreise entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats der Integrierten Regionalleitstelle Lüneburger Heide AöR erhalten folgende angemessene Entschädigung:

- Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Verwaltungsratssitzungen. Die Höhe des Sitzungsgeldes beträgt 50,00 €, für den/die Vorsitzende 100,00 €.
- Erstattung von Fahrtkosten, die im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Verwaltungsratssitzungen anfallen gemäß den reisekostenrechtlichen Bestimmungen (Nds. Reisekosten-Verordnung); es wird die kürzeste Fahrtstrecke zwischen dem Wohnort und dem Sitzungsort – einfache Wegstrecke – zugrunde gelegt.
- Erstattung des entstandenen Verdienstaufschlags, der innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit bis zum Höchstbetrag von 25,00 Euro je Stunde und für längstens 8 Stunden je Tag (einschließlich Wegezeit) erstattet wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Neufassung der Verwaltungshandreichung für die Gewährung von Zuwendungen zur Beschaffung und Wartung Automatischer Externer Defibrillatoren**
Vorlage: 2021-26/0887

Beschluss:

Die Verwaltungshandreichung für die Gewährung von Zuwendungen zur Beschaffung und Wartung Automatischer Externer Defibrillatoren wird in der als Anlage 1 anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Förderung von Seniorenveranstaltungen: Änderung der Verwaltungshandreichung**
Vorlage: 2021-26/0886

Abg. Lienau führt aus, die Angelegenheit sei im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit behandelt worden. Es sei einstimmig empfohlen worden, die Förderbeträge zu erhöhen.

Abg. Brandt lobt die Verwaltung für die vorgesehene Änderung. Für die Senioren sei die Anhebung der Beträge ein großer Schritt. Es sei wichtig, dass es viele solcher Veranstaltungen geben würde, damit die alten und älteren Menschen Gelegenheit hätten, sich mit anderen Menschen zu treffen. Sie meint, mit einer Pauschalierung könne die Antragstellung und Bewilligung noch vereinfacht werden.

Beschluss:

1. Für die Förderung von Seniorenveranstaltungen wird die Zuschusshöhe je Teilnehmer rückwirkend zum 01.01.2025 um 0,50 € von 1,50 € auf 2,00 € je Teilnehmer angehoben.
2. Die Verwaltungshandreichung „Förderung von Seniorenveranstaltungen“ wird entsprechend der in der Anlage aufgeführten Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Neubesetzung eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss; hier: Vertretung der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher**
Vorlage: 2021-26/0871

Landrat Prietz weist darauf hin, dass der Kreisausschuss sich in der Sitzung am 13.03.2025 mit der Angelegenheit befasst habe. Dieser habe dem Kreistag einstimmig empfohlen, Frau

Franziska Wronka als beratendes Mitglied zur Vertretung der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.

Beschluss:

1. Frau Dorothee Schwegler wird als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss abberufen.
2. Die Neuberufung des Vertreters der Interessen ausländischer Jugendlicher mit beratender Stimme erfolgt in einem verkürzten Verfahren.
3. Als beratendes Mitglied zur Vertretung der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher wird Frau Franziska Wronka in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Neufassung der Gebührensatzung für das Gesundheitsamt**
Vorlage: 2021-26/0888

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland**
Vorlage: 2021-26/0863

Beschluss:

Der Unterzeichnung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Helwig fragt nach dem Sachstand der Planungen zum Umzug von Ämtern in das ehemalige Sparkassengebäude am Pferdemarkt und möchte wissen, ob dort auch Elternbüros geplant seien.

Frau Dr. Fricke antwortet, es sei eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der für den Umzug an den Pferdemarkt vorgesehenen Ämter 12, 32, 50, 51 und 70 gebildet worden. Bis zum Sommer dieses Jahres seien vier Workshops vorgesehen um die jeweiligen Bedarfe zu ermitteln. Mit den Vorbereitungen würde man sich aktuell im vorgesehenen Zeitplan befinden.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzende Tomforde schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10.25 Uhr.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

gez. Tomforde
Kreistagsvorsitzende

gez. Prietz
Landrat

gez. Twiefel
Protokollführer